

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Juni 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale ufm. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 64

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Marginalien zu den dritten Steuerzulagen (Fortsetzung). Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich. — Schweiz. — Amerika. Volkswirtschaft: Reichsmonopole und Gewerkschaften.

Korrespondenzen: Alachen. — München. — Kassel.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Eine verständige Mahnung. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Richtigstellung einer Richtigstellung. — Mehrzahlung für hässliche Druckarbeiten. — Einstellung des Erscheinens. — Verhältnisse Genjur? — Berechtigte Anprangerer. — Die deutsche soziale Fürsorge im Kriege. — Verzögerung der Wohnungsreform. — Englische Arbeitszeit in Frankreich.

Marginalien zu den dritten Steuerzulagen

Über den Protest einer allgemeinen Berliner Prinzipalsversammlung gegen die neue Steuerzulagenfestsetzung sind wir nun zu eingehenderen Mitteilungen in der Lage. Daß eine solche Tagung stattfinden sollte, konnten wir schon in Nr. 56 unter Erwähnung von Bruchstücken aus dem Einladungskircular bekanntgeben. Die Komödie, nur gegen die Form des Zustandekommens zu sein und deshalb gegen das Nichtanhören der Prinzipale zuvor zu protestieren, wurde am 11. Mai aufgeführt, veranstaltet von der als Freie Vereinigung bekannten Oppositionsgruppe, und ist am 29. Mai in den „Mitteilungen“ dieser zum größten Teil aus Nichtmitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins bestehenden Prinzipalsvereinigung ziemlich ausführlich geschildert worden. Diese Nummer hat Versenden an alle tarifstreuen Firmen im Reiche gefunden. Daß irgendeine Bemerkung über die Beteiligung an der Versammlung fehlt, ist wohl auf berechnete Täuschung zurückzuführen. Die Enttäuschung wird aber wohl auf Seite der Berliner Herren sein, die zu einer Mobilmachung gegen die Tariforgane aufrufen, gegen die zum Teil weit schärfere Ausdrücke gerichtet werden, als sie in dem Organ des völlig separatistischen Arbeitgeberverbandes zu finden sind.

Herr Friedrichs, einer von den aus der Prinzipalsorganisation im vergangenen Jahr ausgeschlossenen und Hauptbeteiligter an dem damaligen Tarifrevisionsrausch, hatte das erste Referat. Man muß schon ganz naiv, d. h. herzlich dumm sein, nach solchen Ausführungen noch zu glauben, wenn dem Zuge der Zeit nach einem weiten demokratischen Mitbestimmungsrechte genügt wäre, die Berliner Protestler die Zufriedenheit selbst sein würden mit der letztmaligen Erhöhung der Steuerzulagen. Referent Nr. 1 meinte, wie Tarifamt und Tarifausschuß die neue Lohnaufbesserung zuzulassen, bilde „eine der unerfreulichsten kriegswirtschaftlichen Erscheinungen“. Bei dieser Phrasen läßt sich ebensovienig etwas denken, als wenn darauf gelagt wurde, die Tarifinstanzen hätten „nicht viel sozialen Sinn bewiesen“, indem sie dem Drängen der Gehilfen nachgaben. Daß sie „ohne Befragen der Gesamtheit der tarifstreuen Arbeitgeber die Ansprüche der Arbeitnehmer erfüllen“, soll den Kernfehler ausmachen, ist aber noch etwas anderes. Nämlich eine Betragung der Gesamtheit der Prinzipale müßte eine solche der Gesamtheit der Gehilfen zum Seitenstück haben. Dann wäre es aber keine Annahme der Wahrheitsähnlichkeit mehr, daß überhaupt zu keinem Ziele zu kommen sein würde, sondern Taffade. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat wird Herrn Friedrichs kaum als das Ideal der Demokratie vorschweben, wohl aber dürfte das vollständige Mißlingen einer Verständigung auf dieser breitesten Unterlage seinen Erwartungen entsprechen. Übrigens kann von einer Erfüllung der Ansprüche der Gehilfen auf der Leipziger Konferenz nicht gesprochen werden, unser Verlangen ging weiter. Es stimmt auch mit den Tatsachen nicht überein, daß die gehilfenmäßig gestellten Forderungen glatt bewilligt worden sind. Wenn fast acht Stunden notwendig waren, um zu einem Ergebnisse zu gelangen, das von beiden Parteien ein Kompromiß darstellte, so ging es bei den Leipziger Verhandlungen gerade nicht wie geschildert.

Während Herr Friedrichs später in der Debatte meinte, nicht um eine Beurteilung der Gehilfenforderungen handle es sich, sondern um die des Vorgehens der Tarifinstanzen, gab er seinem Referat einen ganz andern Unterton. Da wurden die Prinzipale im Tarifausschuß „eine Bewilligungsmaschine für die immer wachsenden Ansprüche der Arbeitnehmer“ genannt. Die „stets Bewilligung von Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen“ ist ihm schon von den Tarifrevisionen her ein Greuel. Der soziale Rückschritt scheint dem Herrn also das Richtige zu sein; nicht vorwärts, sondern zurück müßte es nach ihm gehen. Herr Friedrichs kann sich zwar nicht ganz dem verschließen, was die gegenwärtige, alle Voraussetzungen erschütternde Zeit an Erscheinungen zeitigt, er spricht z. B. davon, daß die wegen der großen Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmontaten zur Munitionsindustrie übergegangenen Buchdrucker nicht so schnell wieder zu ihrem Berufe zurückkehren, weil sie dort mehr Lohn erhielten, aber der sich daraus ergebenden Logik erweist er sich unzugänglich. Obgleich zu den Verhältnissen in den Kriegsbetrieben sowohl die geforderten wie die zugebilligten Buchdruckerlöhne keinen Vergleich bestehen können, spricht er von „uferlosen Lohnforderungen“, durch die der Tarif schon längst in Fetzen gerissen sei. Die Maschinenleger und Maschinenmeister läßt er „Phantasielöhne“ fordern und auch erreichen. Wenn Herr Friedrichs so von „ungeheuren Lohnsteigerungen“, die die Tarifinstanzen nicht verhindern haben, und von „stets weiteren Zugeständnissen“ an die im Betriebe verbliebenen Gehilfen fabuliert, so hatte er Berlin dabei im Auge. Denkt man aber daran, wie auf unserer Gauvorsteherkonferenz die Berliner Lohnverhältnisse geschildert wurden, dann will über diese grundverchiedene Beurteilung das Ersaaunen kein Ende nehmen. Der Schwurzeuge für den Berliner formalen Prinzipalsprotest ließ in der Sache selbst einmal die Maske fallen. Die Steuerzulagen nennt er von Amts wegen bewilligte Lohnaufbesserungen, deren erste im März und die zweite im Oktober 1916 stattgefunden habe:

Als ob nicht inzwischen die Gehilfen selbst ausreichend für sich gesorgt hätten, als ob nicht bei jedem Gehilfenwechsel den bestehenden Steuerzuständen ausreichend hätte Rechnung getragen werden müssen! Auch bei den im Betriebe befindlichen Gehilfen mußten die Prinzipale, um sie nicht zu verlieren, stets weitere Zugeständnisse machen. Und trotzdem dann noch die allgemeinen Zulagen!

Solchermaßen findet Herr Friedrichs die Verbindung zu den dritten Steuerzulagen, wobei sich Tarifausschuß und Tarifamt beifügten, „untertänigst die Wünsche der einen Partei rasch zu erfüllen“. Wenn das nicht eine starke Gegnerschaft in der Sache selbst ist, also eine scharfe Beurteilung der Steuerzulagenbewilligungen an die Gehilfenschaft, dann hat die Kriegsverwirrung hier kein Anheil, kein Verwechseln aller Begriffe herbeigeführt.

Die Berliner Prinzipalsopposition, wie sie seit etwa sechs Jahren, dem Tarifabschlusse von 1911, in der Freien Vereinigung besteht und Ende 1915 wie zu Anfang 1916 durch einen besonderen Ausschuß noch etwas mehr Rumor verursachte — man denke an die vom „Korr.“ aufgedeckte Vorarbeit für die ausgebliebene Tarifrevision 1916! —, gab bei dieser Gelegenheit wieder ihr Glaubensbekenntnis ab: Interessensvertretung der kleinen und der Mittelbetriebe, offenkundige Feindschaft gegen die Großen und „Ganzgroßen“. Der „buchdruckerliche Groß- und Großindustrie“ war Herr Friedrichs vor, sie ginge bei ihrem immer steigenden Arbeiterbedarf rücksichtslos mit Lohn-erhöhungen voran, zeige „eine fast kräftige Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Arbeitnehmer“, so daß die wirtschaftlich Schwachen schon lange nicht mehr die Arbeiter, sondern die „in ihrer Existenz bis zum Weißbluten ausgehogenen Angehörigen des kleinen und mittleren Gewerbes sind“. Als welche Referent anscheinend die ganze Versammlung vorstellte: „daß wir heute von den Vätern des Lebens mehr gepakt sind als unsre Angehörigen“. Die große Mehrheit der Prinzipale, d. h. die Besitzer der Klein- und Mittelbetriebe, müßte sich deshalb endlich einmal auf sich selbst besinnen und zeigen, „daß wir nicht gesonnen

sind, den Weg auf der abschüssigen Bahn der Tarifpolitik weiter mitzumachen“. Man kann gewiß nicht sagen, aus dieser die künftige Haltung kennzeichnenden Erwartung schlugen Funken der Begeisterung für die Tarifgemeinschaft. Doch darin liegt nicht das Schwergewicht, weil es in dieser Beziehung auf ein paar Phrasen mehr oder weniger nicht ankommt. Wichtiger ist, daß man auf der erweiterten Gauvorsteherkonferenz das gerade Gegenteil vernehmen konnte, nämlich Bockbeinigkeit der Großbetriebe in puncto Lohnaufbesserungen und große Nachgiebigkeit der kleinen und Mittelbetriebe darin. Sandgreifliche Widersprüche gehören in Berlin zur Tagesordnung!

Ein nagender Wurm ist der Gruppe der Freien Vereinigung die Befehung der Amter in den Tarifinstanzen durch Prinzipale, die man zu den „Großen und Ganzgroßen“ zählen kann. Das ist aber, soweit der gesamte Tarifausschuß in Betracht kommt, eine falsche Behauptung; die Mehrheit besteht hier aus Inhabern von Mittelbetrieben. Auch auf das Tarifamt trifft diese Behauptung nicht unbedingt zu, soweit sie jedoch als gegeben angesehen werden kann, ist, wie Herr Rudolf Müllstein in jener Versammlung ganz richtig bemerkte, das Übergewicht des Großdrucks auf die Scheu zurückzuführen, etwas für die allgemeine Sache zu tun wegen der damit verbundenen Arbeit. Die großen Prinzipale sollen nun in den tariflichen Ämtern nur eigne Interessenpolitik treiben, die sich am schlimmsten in sprödester Nachgiebigkeit den Arbeitnehmern gegenüber ausdrücke. Aus diesem selbst konstruierten Umfande heraus leitete Herr Friedrichs seine Vorwürfe gegen die Tarifinstanzen im allgemeinen und gegen das völlige Übergehen der Prinzipalsgemeinschaft bei der Festsetzung der dritten Steuerzulagen her. Er ging dabei zurück auf die sich nach jedem neuen Tarifabkommen zeigende „ungeheure Erregung“ bei den Prinzipalen über die von den „Herren am grünen Tische“, die „nach ihrem Belieben schalten und walten“, gemachten Zugeständnisse. Ob dem gar zu massiv auftretenden Reserven denn gar nicht bekannt ist, daß nach einer Tarifrevision bei der Gehilfenschaft auch keine Freundschaften herausgepflegt werden? Daß deren Vertreter jumeist alles andere denn Dank ernten für das mühsam Erreichte? Tarifamt, Tarifausschuß und Deutscher Buchdruckerverein wurden unter ein förmliches Trommelfeuer genommen von dem zwar nicht munitionssamen, aber mit minderwertigen Geschossen arbeitenden Herrn Friedrichs. Die „sehr hohen Sätze der dritten Steuerzulage“ stellten „eine maßlose Vergewaltigung der Arbeitgeber“ dar und „eine weitere Schädigung der Prinzipale“. Zum mindesten hätten die Zahlungspflichtigen vorher gehört werden müssen; da es nicht geschah, müsse gegen die „brutale Eigenmächtigkeit“ mit allem Nachdrucke Verwahrung eingelegt werden. Es liege „ein Vertrauensmißbrauch“ der in die tariflichen Körperchaften entsandten Prinzipalsvertreter vor. Gegen die „augenblicklichen Machthaber in der Tarifgemeinschaft“ müsse man sich zur Wehr setzen. Der „Opposition gegen die Gewaltthätigkeit im Buchdruckerwesen“ sollten die Prinzipale mehr zur Seite stehen. Es sei nun einmal so, „daß sich eine kleine Clique das Recht anmaßt“, daß den „Machern im Deutschen Buchdruckervereine“ die Geschäfte überlassen bleiben. Deshalb müsse durch ein „unzweideutiges Mißtrauensvotum“ die Meinung über das „einseitige und widerrechtliche Verhalten“ der „Machthaber im Buchdruckerwesen“ zum Ausdruck gebracht werden. Diese Redebiten überbieten noch die Liebenswürdigkeiten, die bei dem Berliner Oppositionsrundel 1915/16 in Flugblättern zu finden waren, gehen auch darüber hinaus, was man im Organ des Arbeitgeberverbandes an fast ständigen Berunglimpfungen lesen kann; nur ist letzterenfalls der Geschäftsführer des Tarifamts mehr der Zielpunkt. Wir können aber nicht verstehen, wie man mit solchen Anschauungen sich überhaupt noch in der Tarifgemeinschaft befinden kann. Ist es lediglich der Gehilfen wegen, auf die man sonst verzichten könnte, dann wird das Doppelspiel zu einem Teile wohl begreiflich. Es erscheint dann auch verständlich, wenn Berliner Prinzipale von diesem

Schlag ihren Gehilfen gegenüber den Biedermann herauskehren, der gar nichts gegen die Forderungen der Gehilfen einzuwenden hat, sondern nur die „verdammte Wirklichkeit“ in den Tarifordnungen verurteilt. Dazu gehört auf der einen Seite aber eine ziemlich heuchel, auf der andern jedoch reichliche Naivität, so etwas zu glauben.

Wir schätzen die Richtung der Freien Vereinigung, in der sich auch noch Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins befinden, nach Gebühr ein. Die Sätze des Herrn Friedrichs:

Ein Friede, der nur durch dauernde Unterwürfigkeit der einen Partei unter den Willen der andern ermöglicht wird, ist weiter nichts als der gebildete Abolusismus der andern Seite,

können ebenso wie die unterstellende Redewendung von „den immer wieder ohne jede Rücksicht auf getroffene Abmachungen sich erneuernden Forderungen der Arbeitnehmer“ doch nur abgünstig den Gehilfeninteressen sein. Der letztere Satz ist sogar trivial. Es wird damit der Mensch erreicht, als ob die Gehilfenschaft sich über getroffene Abmachungen hinwegsetze. Keine der drei Steuerungsulagen hat eine zeitliche Abgrenzung gefunden! Wenn das anderswo geschehen ist oder geschieht, so kann diese Formale nicht nach Belieben auf unsere Verhältnisse übertragen werden. Im deutschen Buchdruckergewerbe ist es vielmehr so wie bei den Regierungen, staatlichen und kommunalen Behörden, daß das Maß der fortschreitenden Steuererhöhung der Steuerungsulagen bedingt. Die Berliner Formalmenschen sollen der Gehilfenschaft nur mit solchen Anwürfen fernbleiben! Es ist übrigens bemerkenswert, daß das Organ des Arbeitgeberverbandes derartige Entdeckungen noch nicht gemacht hat, sondern Zurückhaltung in der neuerlichen Steuerungsulagenangelegenheit bis jetzt beobachtet. Die tarifstreuen „Freien“ in Berlin sind augenblicklich also voran in der Ausnutzung der Konjunktur für die Scharmacherei.

Es gab noch ein zweites Referat. Vom juristischen Standpunkt aus wurde von einem Rechtskundigen hineingeleuchtet in die dem Tarif angefangene Vergewaltigung. Der Herr Syndikus meinte, im ganzen Tarife böte sich nicht eine Sandhabe:

die festgesetzten Löhne auf Grund besonderer Umstände nach oben oder unten zu stellen. Weder Krieg, noch allgemeine Steuererhöhung, noch geschäftliche Notlage haben nach dem Tarif Einfluß auf die Höhe der Löhne. Die Gehilfenschaft würde wohl auch ganz energisch dagegen protestieren, wenn der Tarifausschuß während der Geltungsdauer des Tarifs mit Rücksicht auf einen allgemeinen geschäftlichen Niedergang Abschläge auf die vereinbarten Löhne festsetzen wollte.

Das sind juristische Floskelnereien, die sich sogar daherrrollenden Baumstämmen gewachsen zeigen möchten. Zu jener Zeit (Oktober 1914), die Herr Friedrichs mit 22,5 Proz. Arbeitslosen förmlich als idealen Zustand schon in seinem Referat in freudige Erinnerung gerufen hatte, während vom Februar 1915 bebauert nur noch 2,5 Proz. angestrichelt werden konnten — in Wirklichkeit waren es im ersteren Falle 22,5 Proz. Arbeitslose, 15,4 Proz. verkürzt Arbeitende und 4 Proz. in andern Berufen Beschäftigte, im zweiten 8,5 Proz. Arbeitslose, 12 Proz. verkürzt Arbeitende und 7,8 Proz. anderswo Tätige —, war zwar ohne Genehmigung des Tarifausschusses, aber faktisch in weitem Maß eine Lohnkürzung bis auf das Minimum eingetreten, zum Teil auch darunter. Kündigungsslose Entlassungen bei Ausbruch des Krieges konnten nur zu viel verzeichnet werden. Für Überschreitungen der Lehrlingskontingente, vorzeitige Verwendung der Beihilfen an den Sech- und Rotationsmaschinen, für die Anfernung und Beschäftigung von männlichen und weiblichen Angelernten an den Sech-, Druck- und Zeitungsmaschinen, in der Stereotypie und zum Korrekturlesen gibt der Tarif doch auch nicht die geringste Sandhabe, und doch sind diese tariflichen Ausnahmen im weiten Maße vom Tarifausschuß zugelassen und wohl nicht zuletzt von den Berliner Freien förmlich verlangt worden. Diese prinzipiell weittragenden Abweichungen sind allerdings für sie „nicht des Erwähnens wert“, weswegen schon Ende März eine Berliner Prinzipalsversammlung glaubte eine bestimmte Einstellungsquote empfehlen zu müssen. Wo befindet sich im Tarif ein Paragraph, der im Hinblick auf einen Krieg oder geschäftliche Notlagen solche Ausnahmen zuläßt? Steht vielmehr nicht auch nach dieser Richtung geschrieben, „daß der festgesetzte Tarif während der ganzen Periode von fünf Jahren gelten soll“? Von Kriegsmaßnahmen, in denen der gute Deutsche fast erstickt, muß dieser Syndikus noch gar nichts gehört haben, und wenn doch, dann sind sie ihm nur denkbar für eine Partei. Kein Wunder, daß er so zu dem prachtvollen juristischen Schlusse gelangt:

Die eigenmächtige Festsetzung der Steuerungsulagen verstößt gegen dieses demokratische Prinzip, gegen die Grundlage der Stellung des Tarifausschusses. Dieser hat keine Vollmacht übertrifft und kann deshalb nichts Verbindliches, kein Vereinsrecht geschaffen haben. Die Arbeitgeber sind daher dem Beschlusse nicht unterworfen. Wenn einer von ihnen die Steuerungsulage nicht oder doch nicht in der festgesetzten Höhe zahlt, kann er nicht bestraft oder gar gemäß § 82 d. Arb. G. ausgeschlossen werden.

Wir sind gar nicht im Zweifel, daß die juristischen Darlegungen des zweiten Referenten bei den Prinzipalen draußen, denen wohl die gleiche Nummer der „Mitteilungen“ mit dem Berichte zugeht, als ein nicht allfälliger Witz aufgefaßt werden. Auch in andern Gewerben, wo mehrfach nachher die Parteien um ihre Zustimmung befragt werden, während es bei uns vorher geschehen soll, wird man den Kopf schütteln über diese juristisch nachgewiesenen Formalbedenken.

Es war von Herrn Illstein ein guter Akt, daß er sich mit dem Zustandekommen der dritten Steuerungsulagen ohne weiteres identifizierte und deren Notwendigkeit außer Frage stellte. Durchaus zustimmen ist auch seinem Hinweis, wenn doch die Prinzipale den Papier-, Farben- und sonstigen Lieferanten die geforderten Preise schlank bezahlen müssen, dann müsse man auch für seine Mitarbeiter tun, was irgend gehen könne. Er sowohl wie der im gleichen Sinne sprechende Herr Schölen machten zwar noch dem Einwande der vorherigen Befragung etwas Konzession, aber das von Herrn Illstein dazu geäußerte Bedenken, daß die Gehilfenschaft von den Beratungen einer solchen Versammlung ja doch in allerletzter Zeit im einzelnen unterrichtet wäre, blieb anscheinend nicht ohne Eindruck auf die Preisfester der Demokratie, denn Herr Schnüldreher bestätigte den beiden Rednern das ausdrücklich.

Herr Heenemann, dem die Ziehung des Restmees übertragen war, ging dabei vorlichtiger zu Werke als der mit Kraftworten nicht sparende und in Verwerfung der Steuerungsulagen ziemlich unverblümte Herr Friedrichs als Hauptreferent. Die einstimmig angenommene Professorensolution — die Stimmenerklärungen zählten nicht — läßt trotzdem die Meinung über die Sache selbst in etwas erkennen, insofern als „wiederholt und jetzt bereits zum dritten Male während des Krieges tariflich nicht vorgesehene, ganz bedeutende Steuerungsulagen an die Gehilfenschaft bewilligt wurden“. Das Ubrige ist eine scharfe Mißbilligung, daß die Prinzipalsvertreter ihre Vollmachtgeber vorher nicht gehört haben.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte für die mit dieser Versammlung aufgeführte Komödie, die in Wirklichkeit eine scharfe Erklärung gegen die Steuerungsulagenangelegenheit an sich ist, dann könnte der Einführungsartikel in dieser Nummer der „Mitteilungen“ dafür dienen, die von Herrn Schnüldreher verantwortl. gezeichnet werden. Wir möchten in einem andern Sinne mit diesem Artikel auszuweisen:

Es steht gewiß einig da im gesamten deutschen Wirtschaftsleben und kann überhaupt nur in unserem „multigültigen“ deutschen Buchdruckergewerbe vorkommen!

Die Professorensolution werden sich ja auch mit den inzwischen zustande gekommenen besonderen Vereinbarungen für Berlin abzufinden haben, obwohl schwerlich eine Prinzipalsversammlung vorher dafür die Grenzen abgesteckt hat, aber die hier vorgenommene Beleuchtung eines von der Oppositionsgruppe veranstalteten Spektakulums über Lohnaufbesserungen unter dem Zeichen der schlimmsten Kriegsnöte ist nicht nur für den Augenblick charakteristisch. In fern Kollegen wird dadurch überdies erkennbar, daß die Durchsetzung von angemessenen Steuerungsulagen bei der Prinzipalsaktion keineswegs im Sturmstufte erfolgt. Solche Theatererei kann sogar eine Erschwerung der Verständigung zurücklassen, wenn längst der 11. Mai 1917 als großer Tag vergessen ist.

Ein weiterer Protest gegen die Art der Festsetzung der neuen Steuerungsulagen ist am 21. Mai von einer Prinzipalsversammlung des Kreises II gefaßt worden. Dem Tarifausschuße wird Mißfallen bezeugt, „daß von ihm schon wieder Steuerungsulagen beschlossen worden sind, ohne daß den tarifstreuen Prinzipalen Gelegenheit geboten worden ist, sich darüber vor der Beschlusfassung auszusprechen. Es klingt dann in der Resolution so, als ob eine Sitzung des Tarifausschusses zu solch wichtigen Angelegenheiten erforderlich wäre.

Wir können hier nur wiederholen, daß der Gehilfenschaft dann ebenso das Recht vorheriger Stellungnahme zustehen würde. Es ist das übrigens in einer Reihe von Druckkäften ganz unabhängig voneinander diesmal geschehen, und da im April darüber im „Korr.“ berichtet worden ist, hätte man in Prinzipalskreisen ja auch Versammlungen zu diesem Zweck einberufen können. Soviel wir wissen, sind Prinzipalsvertreter zu den Leipziger Verhandlungen schon von ihrem heimischen Vereine nicht so ganz auftraglos erschienen. Kommandiert sind die Gehilfensversammlungen aber nicht worden. Der immer stärkere Druck der Zeit hat die Zungen gelöst zur Forderung nach Abhilfe gegen die sich vergrößernde Not.

Es wäre noch auf die Monierung unterschiedlicher Veröffentlichung der dritten Steuerungsulagen etwas zu sagen. In der Stuttgarter Prinzipalsversammlung wurde gerät, daß die „Zeitschrift“ drei bis fünf Tage später als der „Korr.“ die Bekanntmachung

des Tarifausschusses vom 30. April gebracht habe. In Breslau hat man sich lebhaft beklagt, daß das Prinzipalsorgan später als „Korr.“ und „Typograph“ mit den neuen Bestimmungen herausgekommen sei. Herr Friedrichs griff in der Berliner Versammlung, von der unsre Leser vorausgehend einen tragikomischen Geschmack erhalten haben, zu der Hyperbel, es sei ungebührlich, daß der „Korr.“ schon am 3. Mai das Leipziger Ergebnis bekanntgegeben hätte, wo die Prinzipale weder von ihren Vertretern noch durch ihre Presse etwas darüber wußten. Die „Zeitschrift“ bemerkte zu diesen Vorwürfen, sie hätte vorwärtsgemäß am 4. Mai die Bekanntmachung gebracht.

Dieser Formenkrampf in zweiter Auflage gehört zur spärlichen Seite der ganzen Angelegenheit. Für den „Korr.“ war Donnerstag, der 3. Mai, die nächsterreichbare Nummer zur Veröffentlichung. Bei dem stark eingeschränkten Zugverkehre wäre die Nummer am 5. Mai, an welchem Tage die erste Auszahlung nach der Neuordnung stattfinden sollte, für viele unsrer Leser nicht mehr zur Zeit angekommen. Wir meinen, es bleibt sich ganz gleich, wo man von einer als amtliche Bekanntmachung unverkennbaren Veröffentlichung Kenntnis erhält. Für die nicht weitläufigen Prinzipale und Faktoren, die den „Korr.“ halten, war dadurch doch keine Unklarheit geschaffen. Der „Typograph“ erschien pünktlich am 4. Mai und brachte ebenfalls die Bekanntmachung. Die „Zeitschrift“ mit dem Datum des 4. Mai und der tarifamtlichen Verkündung der neuen Steuerungsulagen erhielten wir in Leipzig aber selbst erst am Abende des 5. Mai; den meisten Bekehrten wird sie infolge des Sonntag (6. Mai) erst am 7. Mai in die Hände gekommen sein. Woran dieses nicht seltene späte Eintreffen des Prinzipalsorgans liegt, untersteht hier nicht der Beurteilung, die Tatsache genügt, und damit ist das ungünstige Zusammenreffen hinreichend aufgeklärt. Der „Korr.“ hat trotz seines dreimaligen Erscheinens schon manchmal amtliche Bekanntmachungen später als die „Zeitschrift“ und der „Typ.“ bringen können. Wir haben nicht bemerkt, daß der Himmel deswegen einstrahlte und die Spaten erschlagen wurden.

Die Durchführung der neuen Steuerungsulagen hat ganz wenig Schwierigkeiten bereitet. Wenn sich das auch von selbst verstehen muß, so soll diese Konstatierung doch nicht unterbleiben, denn im vergangenen Frühjahr war in vielen Fällen das Gegenteil zu beobachten. Wären nicht die absonderliche Berliner Prinzipalsversammlung und die in dem Artikel über die Gausortseherkonferenz erwähnten einzelnen Extratouren — namentlich Teilung der ersten Malwoche — zu bemerken, dann würden diesmal bei der Aufnahme und Einföhrung Beanstandungen so gut wie nicht zu erheben sein.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die Verbandsstatistik für das erste Vierteljahr 1917 schließt mit einem Mitgliederstande von 6449 ab, gegen 6708 am Ende des vorhergehenden Quartals. Zum Militär sind noch 407 Mitglieder eingetruft. Invaliden sind 448 (462) vorhanden. Die Zahl der Nichtmitglieder beträgt 635 (681); mit 300 die meisten in Böhmen, dann folgt Niederösterreich mit 114. Arbeitslos waren nur 58 Kollegen 1692 Tage lang; die Vergleichszahlen vom ersten Vierteljahre 1916 sind 317 und 9869. Krank 710 mit 19886 Tagen (615 und 18263). Todesfälle 79 (50). Bei wesentlicher verminderter Mitgliederzahl also Zunahme der Kranken und Toten. Als Folgeerscheinung des Krieges Internierung und Aufarbeiten demnach auch in Österreich.

Schweiz. Die Arbeitgebervereinigung im Buchgewerbe der romanischen Schweiz scheint nun doch noch den Wunsch auf friedliche Beilegung der bestehenden Spannung, die ihren Höhepunkt in Genf erreichte, weshalb dieser Maß bereits gesperrt werden mußte, zu haben. Durch einen Gedankenaustausch sollte man versuchen, die Differenzen, die immer größeren Umfang anzunehmen drohen, beizulegen, heißt es in einem Briefe der Vereinigung an den Verbandsvorstand. Dieser stimmte einer gemeinsamen Sitzung zu, die er übrigens schon vor Wochen erfolglos beantragt hatte. Der Arbeitsnachweis nimmt seine Tätigkeit in erweitertem Umfang wieder auf. Fernsprecher wurde eingerichtet. Den Wünschen der Arbeitgeber und -nehmer soll bei der Vermittlung weitgehend Rechnung getragen werden, namentlich bezüglich der technischen Fähigkeiten.

Amerika. Es kann nicht verwundern, daß nun für den „Korr.“ völlige Unterbrechung mit der amerikanischen Kollegenchaft eingetreten ist. Die englische Postüberseezeitung hat schon nur einige Nummern der „Deutsch-Amerikanischen Buchdruckerzeitung“ durch, als zwischen Amerika und Deutschland die Beziehungen noch nicht abgebrochen waren. Jetzt ist der „Korr.“ nur auf gelegentliche Mitteilungen in der Fachpresse des neutralen Auslandes angewiesen. So können wir aus einer kurzen Meldung der „Selbstischen Typographia“ schließen, daß das Organ der deutsch-amerikanischen Kollegen keine Kriegsbegeisterung zeigt. Den von einem Abgeordneten im kalifornischen Parlament gestellten Antrag, jede Zeitung, die sich gegen den Krieg ausdrückt, zu unterdrücken, versteht die „D. A. Ztg.“ mit der Bemerkung, so sehe die Pressefreiheit der Kriegsbegeher aus.

Volkswirtschaft

Reichsmonopole und Gewerkschaften.

Zur Ergänzung der in Nr. 59 gebrachten Besprechung über „Monopolfragen und Arbeiterklasse“ sei heute im Besonderen der Stellungnahme der Gewerkschaften zu eventuellen Reichsmonopolen gedacht, wie sie in einer gemeinsamen Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des Verbandes der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) an den Reichskanzler zum Ausdruck gebracht wird.

Ohne auf die Frage, ob reine Staats- bzw. Reichsmonopole oder private Monopole unter staatlicher Kontrolle mit fiskalischer Erhebung von Umlagen auf die Produktion, einzugehen, wird in der Eingabe auf die bedeutsamen sozialen Seiten der Monopolfrage aufmerksam gemacht. Ernährung, Bekleidung und Behausung der breiten Masse werden entscheidend beeinflusst, wenn eine Verschärfung der Preisbildung zugunsten des Privatkapitals nicht verhütet werden kann. Diese Erwägung schon zwingt dazu, dem sozialen Gedanken in der Sicher zu erwartenden Monopolgegebung wellestigen Raum zu gewähren. Daß bei der gegenwärtigen Form der privatwirtschaftlichen Monopole (Syndikate, Kartelle) den gewerblichen Arbeitern und Angestellten erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich ihres Strebens nach geistiger und materieller Besserstellung erwachsen sind, bedarf keiner besonderen Ausführungen. Es braucht in diesem Zusammenhang nur hingewiesen zu werden auf die Zustände, wie sie sich im Bereiche des Kohlenhandels und des Stahlwerksverbandes herausgebildet haben, wie da den Arbeitern durch Maßregelungen, Strafbefehl, schwarze Listen, Zwangsarbeitsnachweise ufl. die Hochhaltung ihrer Lebensinteressen vielfach illusorisch gemacht, die Organisation der Massen ungeheuerlich erschwert wird. Diesen sich bisher gezeigten Mißständen bei einer erweiterten Monopolisierung von vornherein entgegenzutreten, durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen ein gewisses Maß von Arbeiterrecht und Arbeiterschutz festzusetzen, ist eine zwingende Notwendigkeit gegenüber den ins Riesengroße gesteigerten Machtmitteln, wie sie in den voraussetzlichen Monopolgebilden ihren Ausdruck finden werden.

Obwohl die Gefahren bei reinen Staatsmonopolen insofern gemildert werden, als solche Monopole neben den fiskalischen Aufgaben ihrer Natur nach — als Staatseinrichtungen — sozial ausgleichend zu wirken veranlaßt sind und einer gewissen Kontrolle durch Regierung und Parlament unterliegen, darf dabei nicht übersehen werden, daß solche Monopole zweifellos eine Nachverwertung der Bureaunkräfte bedeuten, und daß damit die Gefahr auftaucht, den Monopolbetrieb als „öffentlichen Dienst“ anzuprehen. Hiermit würden neue Schwierigkeiten entstehen bei Arbeitsverhältnissen, die zwar an sich unerwünscht von beiden Seiten sind, auf die aber als Ultima ratio nicht verzichtet werden kann.

Kurz, die Gewerkschaften haben keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einführung von Monopolen in Deutschland, das staatlich organisierte Monopol kann wesentlich dazu beitragen, den Arbeitsmarkt stabiler zu gestalten, krisenverhindernd zu wirken, aber es kommt auf die Art der Ausführung an. In nicht weniger als 20 Einzelanforderungen ist dann niedergelegt, was in einer zukünftigen Monopolgegebung zu berücksichtigen ist. Vor allem sollen für alle Monopolbetriebe, ganz gleich, ob es sich um Gemeinde-, Staats- oder Gemeindemonopole oder um solche privatwirtschaftlichen Charakters handelt, sämtliche Schutzbestimmungen Geltung haben, soweit sie in der Gewerbeordnung, der Versicherungsgelesgebung oder sonstigen Spezialgesetzen enthalten sind. In die Monopolverwaltungen sind Vertreter der Arbeiter zu wählen, deren Wahl durch eine neu zu schaffende gesetzliche Arbeitervertretung stattfindet. Ein Reichsarbeitsamt, dem u. a. alle Monopolfragen zu übertragen sind, ist zu richten und diesem ein Beirat zur Seite zu stellen, in dem der Reichstag und die wirtschaftlichen Interessengruppen einschließlich der Arbeiter vertreten sein müssen. Dem Beirats soll vor allem vorbehalten sein, Revisionen bei Monopolen unter privatwirtschaftlicher Verwaltung anzuordnen, deren Zweck insbesondere die Prüfung der Grundsätze ist, die im Monopol Anwendung finden bei der Quotifizierung der Produktion, der Festsetzung der Berechnungs- und Verkaufspreise, der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Verteilung der Gewinne. Aber das Ergebnis ist öffentlich zu berichten. Lohn- und Arbeitsbedingungen sind durch Vereinbarungen mit den von den Unternehmern unabhängigen gewerkschaftlichen Berufsvereinen zu regeln; Maßregelungen wegen Jugendlosigkeit oder Betätigung in solchen sind unter Strafe zu stellen. Die Arbeitsvermittlung hat nur durch partielle öffentliche rechtliche oder auf Grund von Tarifverträgen errichtete Arbeitsnachweise zu erfolgen. Schwarze Listen sind zu verbieten und im Bestreitungsfall auf Grund von § 253 Strafgesetzbuch zu ahnden. Konkurrenzklauseln sind zu verbieten. Arbeiter und Angestellte, die bei Monopolisierung einer Industrie oder eines Gewerbes geschädigt werden, sind zu entschädigen. Die Gewerkschaften sind vor Einbringung einzelner Monopolgelesvorschriften gutachtlich zu hören. Als Monopole sind auch alle Kartellierungen industrieller und gewerblicher Unternehmungen, die durch gesetzlichen Zwang geschaffen werden, anzusehen.

Daß es einer besonderen Begründung dieser Forderungen nicht bedarf, unterliegt keinem Zweifel. Vor allem dürfte die Beteiligung von Arbeitervertretern in Rücksicht

darauf, daß Monopole für das ganze Leben der Arbeiter von unabwehrbarem Einflusse sind, die Berechtigung dazu nur unterstreichen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die vorstehend gewürdigte Eingabe bei der zukünftigen Friedenswirtschaft eine nicht untergeordnete Rolle spielt und eine Grundlage mit schaffen hilft, auf der es der Arbeiterschaft leichter wird, die riesenhafte Opfer, die ihr der Krieg auferlegt hat, wenigstens zu einem Teile zu paralysieren. My.

Korrespondenzen

Nachen. In der Versammlung am 19. Mai, die von 35 Kollegen besucht war, sprach der Vorsitzende über die neuen Steuerungsanlagen. Wenn auch die jetzigen Zulagen den zur Zeit herrschenden Wucherpreisen in allen Bedarfsartikeln des menschlichen Lebens nicht gleichkämen und unsern Wünschen auf gleichmäßige Erhöhung der Grundlöhne nicht entsprochen worden sei, so wäre doch ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Die Einführung der neuen Zulagen sei in Nachen auf keine Schwierigkeiten gestoßen. Nur in einem Geschäfte seien die zwei Tage der ersten Lohnwoche im Mai von der Zulage abgezogen worden, weil nicht zum Monat Mai gehörig. Die betreffenden Kollegen sollen dagegen Einspruch erheben. Der Kassierer erstattete Bericht über die Extrakterfüllungskasse in Liquidation — welcher auch eine Anzahl Kollegen im Beirat angehören —, deren Bestand wohl mit Ende dieses Quartals erschöpft wäre, womit diese Kasse, aus welcher mancher Kollege in den 20 Jahren ihres Bestehens willkommene Unterstützung in Krankheit und Nozfällen bezogen hat, erledigt sei. Eine Anregung, die üblichen Krankspenden bei Trauerfällen für die Folge zu unterlassen und den dafür aufzuwendenden Betrag den bedürftigen Angehörigen zukommen zu lassen, fand aus Mitleids- und gewerblichen Gründen keinen Anhang. Ein Kollege klagte darüber, daß die Maschinenleber bei einer Firma als Schwerarbeiter anerkannt werden und die betreffenden Zulagen erhalten hätten, während dieselben Geluche anderer Firmen mehrmals abschlägig beschieden worden seien. Wegen dieser ungleichen Behandlung soll Beschwerde an zuständiger Stelle erhoben werden.

München. In der gutbesuchten Fortsetzung der Generalversammlung erstattete Gauvorsitzer Seif Bericht über die Leipziger Verhandlungen betreffend Steuerungsanlagenerhöhung. Der Extrakt der sehr lebhaften Besprechung ist folgender: Es war die höchste Zeit, denn unter den alten Zulagen konnte es wirklich nicht mehr so weitergehen. Der gute Wille, von dem diese gemeinsamen Beratungen getragen waren, wurde anerkannt. Die wünschenswerte Zahlung wurde aufgebessert; aber als zu niedrig bezeichnete Scharf wurde die Überfundenentschädigung kritisiert und als Verlangen der Konkurrenz bezeichnet. Man erhofft hier eine Regelung von einer noch in diesem Jahr erwarteten Tarifrevision mit vorausgehender Generalversammlung. Von einer Resolution wurde Abstand genommen. — In der zweiten Fortsetzung der Generalversammlung wurde der Rest der Tagesordnung erledigt. Der Jahresbericht 1916 wurde genehmigt. Mitgliederstand 1059, beim Militär 1343, bis jetzt gefallen 139 Kollegen. Vermögensbestand der Ortskasse 48522,62 Mark (35611,04 Mk. bei Kriegsausbruch). An Ortszuschüssen wurden verausgabt für Arbeitslose 232,25 Mk., Kranke 238,40 Mk., Invaliden 108 Mk., außerordentliche Unterstüttungen 2800 Mk., Kriegserfamilien 25811,70 Mk. (9800 Mk. Zuschuß der Gaukasse und 149,45 Mk. freiwillige Zuwendungen) und Urlauber 1454 Mk. Die statutarischen Zuschüsse für Kranke und Invaliden wurden wieder voll eingeführt. Der Ortsbeitrag wurde um 20 Pf. erhöht, so daß der Gesamtbeitrag 2,20 Mk. beträgt. Die Abrechnung für das erste Vierteljahr 1917 wurde genehmigt.

Rastatt i. B. Die Einführung der neuen Steuerungsanlagen ist am hiesigen Plage glatt vor sich gegangen, was von den Beihilfen mit Anerkennung begrüßt wird.

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege P. Schuberl (Reipzig) als achzehntes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: S. Seyroth, A. Paul und M. Preß (Berlin), B. Burghausen (Bielefeld), R. Rünemann (Düsseldorf), A. Engelrecht und W. Lindemann (Emsbörn), Robert Fuchslein (Hamburg), Max Gans, Franz Müller und Otto Schübe (Jena), Hugo Bornhake (Karlruhe), Hugo Rodenfelder (Neuwied), Heinrich Bay und Johann Stefer (Remscheid) sowie Max Vogt (Stolpen i. Sa.). Damit haben sich jetzt 3524 Verbandskollegen diese hohen Auszeichnungen erhalten.

Eine veränderte Mahnung. In einer der letzten Nummern der „Zeitschrift“ befindet sich ein Epigramm über Freude und Befriedigung am Berufe. Der Verfasser sagt gegen den Schluß zu: „Wer sich umfassende Kenntnisse aneignet will, für den gibt es fast überall technische Vereinigungen, die durch Vorträge und kurze freilich Gebilfen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Solche Vereinigungen sind ein Segen für unser Gewerbe. Jetzt, wo durch den Krieg so manche tüchtige Kraft unserm Berufe verloren gegangen ist und somit oft die nötige Anleitung fehlen dürfte, sei auch an die Lehrlinge

im dritten und vierten Jahre die Mahnung gerichtet, sich solchen Vereinigungen anzuschließen.“ Die fachtechnischen Vereinigungen werden mit uns darüber erfreut sein, daß im Prinzipalsorgan ihrem Wirken einmal so unumwunden Anerkennung zuteil und sogar die Beteiligung der älteren Gehilfen an den Fortbildungsbereitungen als ein Gebot der Zeit angeführt wird. Wir wollen nicht auf die ändern, entgegengelesenen Anschauungen in Prinzipalskreisen vor etwa fünf Jahren zurückgehen, die bessere Meinung ist das Wesentliche. Es liegt darin zugleich auch ein Anerkennung, wie trotz der langen Kriegsdauer das Streben nach beruflicher Zielstichigkeit nach aller Möglichkeit Förderung findet.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Diese neugeschaffene Regfrierung im „Korr.“ findet schon in Tagesblättern der Provinz Nachahmung, indem eine Aufzählung der Orte vorgenommen wird, wo solche Anerkennungen ausgesprochen sind und alsdann die Hoffnung zum Ausdruck kommt, daß die Buchdrucker am Ort ebenso von der kommunalen Behörde behandelt werden möchten. Der „Seiber Anzeiger“ brachte so eine geschäft gebrechelte Notiz.

Nichtigstellung einer Nichtigstellung. Die Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stellte in ihrer vorletzten Nummer eine uns Buchdrucker betreffende Notiz richtig. Sie hatte geschrieben, ein Buchdruckereibesitzer, der einen heeresverwendungsunfähigen Seher an der Sehmachine durch einen militärfreien oder eine Frau ersetzen will, müsse dazu erst die Genehmigung des Tarifamts einholen. Daufolgende Nichtigstellung lautete, diese Vorschrift beziehe sich nur auf die Einstellung von weiblichen Personen an der Sehmachine. Woran unserseits die Nichtigstellung geknüpft werden soll, daß für die Beschäftigung aller nichtgelernten Personen mit Gehilfenarbeit das Tarifamt um Zustimmung zu ersuchen ist. In Buchdruckerangelegenheiten schreiben und kritisieren ist leichter, als sich darin auskennen!

Mehrzählung für städtische Druckarbeiten. Die Prinzipale in Göttingen erhielten bisher 20 Proz. Steuerzuschlag von der Stadtverwaltung für amtliche Druckaufträge. Infolge einer Eingabe hat der Gemeinderat den Zuschlag auf 50 Proz. erhöht. Wenn die Druckpreiserhöhung überall so glatt vor sich geht, wird den Behörden eine bessere Note erteilt werden können als jeher. Gute Beispiele hat es zwar trotzdem schon gegeben.

Einstellung des Ercheinens. Das „Machener Plusblatt“ hat in seiner Pfingstnummer bekanntgegeben, daß es wegen Einberufung des Seherpersonals und infolge Papiermangels vorläufig nicht weitererscheinen kann.

Berchäfte Jentur? In Berlin sind zwei Blätter ganz verschiedener Richtung die demokratische „Welt am Montag“ und die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“, bis auf weiteres verboten worden. Es muß eine gewisse Temperatur herrschen, wenn zwei den entgegengelesenen Polen auftretenden Sprachrohren der Offenlichkeit der Mund gehalten wird.

Berechtigter Inprangerel. Die Breslauer Zeitungsverleger haben einen für die gesamte Tagespresse nachahmenswerten Beschluß gefaßt. In Berichten über Wucherprozesse wollen niemals die vollen Namen der Beteiligten fehlen. Man verpricht sich davon günstige Wirkungen für die Volksgemeinschaft. Die Erwartungen mögen auch hier nicht zu hoch gestellt werden, denn die Moral der Kriegswucherer vermag schon einen kräftigen Puff. Trotzdem sollten diese Abschreckungsversuche überall von der Presse gehandhabt werden. Ein Zuviel kann es darin gar nicht geben.

Die deutsche soziale Fürsorge im Kriege. Von der Tätigkeit der deutschen Versicherungsträger im Dienste der Kriegswohlfahrtspflege entwirft der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Paul Kaufmann, ein Bild in einem Vortrage, der unter dem Titel: „Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge?“ bei Franz Vahlen in Berlin erschienen ist. Sofort nach Kriegsausbruch waren der Heeresverwaltung neben den Krankenhäusern und Genesungsheimen der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen auch die zahlreichen Lungenheilstätten der Versicherungsanstalten mit einem Etage geschulter Arzte zur Verfügung gestellt worden. Die Versicherungsanstalten trugen den gesteigerten Bedürfnissen auch dadurch Rechnung, daß sie der durch Kriegsnot und ungünstige Lebensbedingungen, oft auch durch vorzeitigen Verlust des Ernährers, gefährdeten Jugend eine weitergehende Fürsorge zuwenden. Sodann haben die Versicherungsanstalten im Einvernehmen mit den Krankenkassen und der Militärverwaltung im Kriege bereits über 80 Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingerichtet, durch die kostenlose und verschwiegene Hilfe gewährt wird. Auch die Krankenkassen und Berufsgenossenschaften bemühen sich, ihre Tätigkeit weiter auszubauen; jene durch neue, vorübergehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheiten, diese durch wirksame Durchführung der Unfallversicherung. Als besonders wichtig erwiesen sich die langjährigen Erfahrungen, die im Frieden für die bestmögliche Seilung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit bei Unfallverleseten gesammelt worden waren. Sie wurden für die Behandlung der Kriegsverleseten verwendet. Die Heilverfahren der Versicherungsanstalten und Krankenkassen kamen den erkrankten Kriegern zugute. Für lungen- und nervenkrankte oder rheumatische Soldaten werden ihre Krankenhäuser und Heilstätten ausgiebig benutzt.

Verzögerung der Wohnungsreform. Durch die Nichterledigung des preussischen Wohnungsgesetzwurfs im Herrenhaus und die Vertagung der ganzen Angelegenheit auf den Herbst erfährt die Wohnungsreform eine emp-

findliche Schädigung. Der Gesetzentwurf sollte u. a. die Anstellung staatlicher Berufsbeamter für die Wohnungsfürsorge in den einzelnen Regierungsbezirken sowie die Gründung kommunaler Wohnungsämter und kommunaler Wohnungsnachweise herbeiführen; ebenso sah er die mit wesentlicher finanzieller Mithilfe des Staates zu vollziehende für die künftige Baulandbeschaffung und Baufähigkeit sehr wichtige Gründung gemeinnütziger Siedlungs- und Baugesellschaften vor, und durch das Zusammen mit dem Wohnungsgesetz nun ebenfalls verlagte Bürgerlichkeitsgesetze wäre die Geldbeschaffung für die künftigen gemeinnützigen Baunehmungen erheblich erleichtert worden — alles Dinge, deren alsbaldige Erledigung dringend notwendig war und deren Verschiebung außerordentlich bedauerlich ist. Um den so entstandenen Nachteil wenigstens nach Möglichkeit abzuwehren, ist es notwendig und entspricht sicher auch den Wünschen der maßgebenden Organisationen der Wohnungsreform, daß die Vorbereitungen zur Snangriffnahme der Baufähigkeit nach Friedensschluß und die sonstigen Maßregeln der Abergangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht etwa infolge der Verfassung des Wohnungsgesetzes ins Stocken geraten, sondern allerseits kräftig weiter gefördert werden.

Es darf ja nach wie vor mit Sicherheit auf ein Zustandekommen des Wohnungsgesetzes wie auch des Bürgerlichkeitsgesetzes, wenn nimmermehr auch erst im Herbst, gerechnet werden und es wird sich daher empfehlen, auch die von dem Zustandekommen dieser Gesetze abhängigen Maßregeln immer schon so vorzubereiten, daß sie mit der endgültigen Erledigung der Gesetze sofort in Kraft treten können.

Briefkasten.

A. G. in B.: Diese Verschiedenartigkeit wird an der dafür geschaffenen Stelle besprochen werden. — **M. B. aus R.:** Ja, die Leute werden zu früh aufgelaufen, die im Osten schon den letzten Schuß stellen. — **S. B. in B.:** Einmal ungedruckt, und da zum Uferlegen jede Veranlagung fehlt, wird es wohl zu einem Belästiger mehr kommen. — **M. Sch. aus H.:** Ihre Anregung können wir nicht öffentlich verwerfen, da die Militärbehörden direkt eingeleiteter Aufstellung sind und danach noch mehr als jemals entfallen wird. Werden aber Ihre Zuschrift an die genannten Stellen weiterleiten. — **A. K. aus B.:** Das erste Stimmungsbild läßt sich ja befriedigend an; bei den Vorlesungen wäre noch Verbesserung zu wünschen. — **M. G. in S.:** In Sache und Mithilfe gut werden sehen, wie es zu buhären ist. — **S. B. Schl. 1.** Das ist gar nicht weisheitsvoll gerueilt. Kam nicht ein Gedanke an die aufmerksamen Steuerbehörden? Hierin liegt die wohlverwogene Zurückhaltung. 2. Bitten die anständige Ladung recht maßvoll zu behandeln. — **Chr. B. in Konstantz:** 2,15 Mk. — **H. Sch. in**

München: 2,45 Mk. — **S. P. in Solingen:** 2,75 Mk. — **W. B. in Berlin:** 3,05 Mk. — **Stadt Berlin, Breslau, Duisburg, Meife, Neustrelitz:** Todesanzeigen müssen für Nr. 66 juristisch gestellt werden.

Verbandsnachrichten

Verbandsadresse: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenverzeichnis.

Bentzen (D. S.), (Bezirk.) Vorhändler: Max Ulrich, Parallelstraße 6, Seitenf. II.

Verammlungskalender.

Mittemburg: Verammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“.
Elmsborn: Verammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Großen Hause“, Kaiserstraße.
Erfurt: Verammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Lobell“.
Genä: Bezirksverammlung Sonntag, den 10. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, in der „Guten Quelle“ in Rudolfsdorf.
Rudolfsdorf a. Rh.: Verammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Adolf Appel, Dagersheimer Straße 29.
Wittenberg (Bezirk Halle): Verammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Kurfürstenstr. 15.

Maschinenmeisterverein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker
 Sonnabend, 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale (C. Wils), Kleine Rosenstraße 16:
Verammlung
 Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Geldbewilligung. 3. Technisches und Feldpost. 4. Verschiedenes. 5. Jahresbericht.
 Der Vorstand.

Schriftseher
 zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnangaben und Eintrittsag an M. Studien, Düsseldorf 17.

Schriftseher und Buchdruckmaschinenmeister
 Stellen ein Meijer & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1. [65]

Schriftseher, Typographseher und Maschinenmeister
 auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [453]

Maschinenmeister und Werkseher
 finden bei uns dauernde Stellung. Wir erbitten Angebote mit Lohnforderungen. Nierische Hofbuchdrucker, Altona (S. 21). [996]

Tüchtiger Maschinenmeister
 (auch Kriegsbeschädigte) für Werk-, Tabak- und Plattendruck sowie ein tüchtiger Akzidenzseher
 (eventuell Kriegsbeschädigte) finden sofort dauernde Stellung. Angebote mit Gehaltsforderung erbittet Buchdrucker der Wilhelm und Bertha v. Baensch-Stiftung, Dresden-A., Waisenhausstraße 34. [688]

Tüchtiger Monotypeseher
 sofort gesucht. Meijer & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1. [64]

Schriftseher
 militärfrei oder leicht kriegsbeschädigt, für Tabellen, Anzeigen und Akzidenzen in dauernde Stellung sofort gesucht. Frankenstein & Wagner, Leipzig, Lange Straße 14. [960]

Tüchtiger Schriftseher
 in dauernde Stellung möglichst sofort gesucht von der Buchdrucker Robert Wapler, Magdeburg, Große Umkerstraße 2. [60]

Tüchtiger Handseher
 für glatten Zeitungssatz früher oder später für Berlin gesucht. Dauerstellung. Meldungen an H. D. Wiemann, Raumberg (Saale). [752]

Tüchtige Akzidenz- und Inzeratenseher
 „Der Holzmarkt“, Berlin SW 68. [752]

Maschinenmeister Akzidenzseher Werkseher Typograph- und Monotypeseher Stereotypseher
 jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandtseher, Leipzig. [792]

Maschinenmeister
 für Rund- und Flachdruck, militärfrei oder leicht kriegsbeschädigt, zu sofort in dauernde Stellung gesucht. Frankenstein & Wagner, Leipzig, Lange Straße 14. [935]

Maschinenmeister oder Schweizerdegen
 (auch Kriegsbeschädigte) für sofort oder später in dauernde Stellung gesucht. Martin Handter, Halle a. S., Zapfenstraße 1. [44]

Maschinenmeister
 Buchdrucker Strauß, A. & Co., Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8. [19]

Maschinenmeister
 der im Illustrationsdruck etwas erfahren ist und sich gern weiterbilden möchte, zu sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbung mit Zeugnisabschriften erbitten. Förster & Worries, Zwickau i. Sa. [46]

Maschinenmeister Galvanoplastiker Silbsarbeiter
 wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei H. S. Hermann, Buchdrucker, Berlin SW 19, Beuthstraße 8. [38]

Tüchtiger Buchdruckmaschinenmeister
 kriegsbeschädigte bevorzugt, findet sofort Stellung. Wilhelm Schlemming, Königl. Hoflieferant, Kassel. [63]

Seherstereotypseher
 Drucker zum Gutenberg, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt. [61]

Schriftseher
 zur Aushilfe an der Schnellgleitmaschine gesucht. Schriftseher Wolffried Böttger, Leipzig-Pausdorf. [63]

Schriftseherlehrling
 für sofort gesucht. G. Koberg, Leipzig, Brüderstraße 57. [45]

Ratuzille bei technischen Schwierigkeiten finden Sie in dem Druckhandbuch **Wie soll ich zurichten?** Ein Leitfaden für Buchdrucker zum Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten. 112 Seiten. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb. M. 1,70 portofr. v. Verf. H. Risch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20.

Technikum für Buchdrucker
 Leipzig-Reudnitz, Einzlig daselbstende Vereinigung praktischer und theoretischer Ausbildung auf echt kunstgewerblicher Basis im Buchdruckgewerbe. Buchführung, Preisberechnung, Faktor- u. Geschäftsführerarbeiten usw. Meisterprüfungskursus.
 Kostloser Unterricht für verwundete Buchdrucker.

Königlich Sächsische Landes-Lotterie
 Ziehung 1. Klasse 12. u. 14. Juni.
 800000
 500000
 300000
 200000
 150000
 100000
 Löse 1/10 1/2 1/4 1/8
 5.- 10.- 25.- 50.-
 Versand auch ins Feld.
 Staatliche Kollektion.
Martin Kaufmann,
 Leipzig, Windmühlenstr. 45.

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Hugo Andrä** aus Sondershausen, im Alter von 44 Jahren. Er gehörte dem Verband über 25 Jahre an und war ein freundes und überzeugtes Mitglied. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Solingen. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Miederum rih der Völkerrrieg einen braven Kollegen aus unser Mitte. Den Tod für das Vaterland erlitt unser langjähriges Bezirksmitglied, der Drucker **Friedrich Schmid** aus Engen. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der Bezirksverein Konstantz. [51]

Als weiteren Verlust in diesem Kriege beklagen wir den lieben Kollegen **Johann Schaffner** Seher aus Nürnberg. Auch diesem Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren Die Mitgliederschaft Nürnberg. [50]

Am 16. April erlitt den Tod durch Verschüttung unser werkes Mitglied, der Seher **Arthur Rzepka** aus Breslau. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Bezirksverein Frankfurt a. M. [53]

Am 3. Mai verstarb im hiesigen Krankenhaus an den Folgen eines sich im Felde zugezogenen schweren Lungenleidens der Seher **Richard Simler** aus Bielefeld. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Ortsverein Bielefeld. [54]

Zwei weitere Verluste haben wir durch das Völkerrrieg zu beklagen. Am 4. Mai fiel unser lieber Kollege, der Seher **Ernst Kurzhals** und am 26. Mai verstarb im Lazarett zu Aßcherleben unser lieber Kollege, der Seher **Wilhelm Däumig** Wir werden auch diesen beiden lieben Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Halle a. S. [57]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]

Am 3. Juni verstarb nach längerem Leiden infolge Herzlähmung unser lieber Kollege und Vorstandsmittglied, der Seher **Richard Schulz** (gen. „Gendarmen-Schutz“) aus Eßnig, im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren. Berlin, Hollmannstraße, 3. Juni 1917 Seine Freunde vom „Runden Tisch“. [66]